

Palästinensische Wirtschaftsgefängnisse

Mit internationaler, auch deutscher Unterstützung werden derzeit die Weichen für die Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft gestellt. Industriezonen, also Tausende von Arbeitsplätzen sollen entstehen. Die Öffentlichkeit ist von diesem Prozess ausgeschlossen. Lokale Mitbestimmung ist nicht eingeplant. Ausgehend von ähnlichen Beispielen aus der Region nimmt man unter diesen Bedingungen das Schlimmste an.

Sam Bahour, Managementberater, Ramallah

Ob nun Palästinenser und Israelis direkt miteinander verhandeln oder ob indirekte oder gar keine Gespräche geführt werden, ein Faktor bleibt konstant: Millionen von Dollars fließen kontinuierlich in das, was gemeinhin palästinensische Wirtschaftsentwicklung genannt wird. Diese Wirtschaft soll die ökonomische Basis eines künftigen palästinensischen Staats bilden. Ein grundlegendes Problem dabei ist allerdings, dass sich Drittstaaten wie die USA, Frankreich, Deutschland, die Türkei und Japan seit Jahrzehnten auf eine wesentliche Komponente dieses Modells – schlicht *Industriezonen* genannt – konzentrieren. Und alle haben sie für die enormen Finanzmittel und Bemühungen, die in die Schaffung dieser Zonen investiert wurden, sehr wenig vorzuweisen.

Die Probleme mit dem Engagement für die Industriezonen in Palästina enden nicht mit dem Ausmaß der damit zusammenhängenden Verschwendung. Die Palästinenser haben sich längst daran gewöhnt, dass Geberstaaten Palästina als Müllplatz für das Geld ihrer Steuerzahler nutzen. Auch daran, dass diese Gelder wieder zurückfließen, um dort die Säcke der „Entwicklungsbürokraten“, „Berater“ und „Experten“ zu füllen. Die wahre Tragödie dieser Zonen ist jedoch, dass sie die Basis der künftigen palästinensischen Staatswirtschaft darstellen sollen. Für diejenigen, die sich in Palästina für den Aufbau eines unabhängigen und brauchbaren ökonomischen Fundaments einsetzen, lassen diese Mega-Job-Projekte viel zu Wünschen übrig.

Folgende Industriezonen befinden sich in der Westbank derzeit in unterschiedlichen Entwicklungs-



Durchsuchung palästinensischer Arbeiter vor Arbeitsantritt in der (heute zerstörten) Erez-Industriezone, Gaza, März 2005

stadien: Die Al-Jalameh-Zone im Norden bei Jenin, die von Deutschland angeführt und seit kurzem auch von der Türkei unterstützt wird; im Zentrum die Bethlehem-Zone unter französischer Leitung; und mit japanischer Unterstützung der Agrarpark Jericho (genannt „Tal des Friedens“) im Jordantal; im Süden bei Hebron entsteht die Tarqumia Industriezone, unter der Leitung der Weltbank und der Türkei.

Das Gaza-Industriegebiet (von Israel Karni Industriezone genannt), ein von Palästinensern entwickeltes Gebiet südöstlich von Gaza-Stadt, steht ebenfalls still, seitdem Israel den Zugang von und nach Gaza stark beschränkte. Darüber hinaus spielt Indien mit der Idee, einen Techno-Park zu sponsern. Dort könnten High-Tech-Firmen angesiedelt werden. Diese Zone ist allerdings die am wenigsten entwickelte.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist seit 2008 mit einem Büro in Ramallah präsent, zuständig für Projekte in Palästina, Ägypten und Jordanien. Der Newsletter, herausgegeben vom Büro der RLS, Mub'adeen St., Ramallah, erscheint unregelmäßig und wird per email verschickt.

Dieser für die RLS verfasste Text von Sam Bahour ist eine leicht gekürzte und editierte Version des englischen Originals. Übersetzung und Foto: Peter Schäfer. Dieser Text wird in der Zeitschrift INAMO Nr. 64, Winter 2010 erscheinen. www.inamo.de

Die im Text erwähnte NGO Bisan arbeitet mit RLS-Unterstützung im Bereich partizipative Entwicklung.

Verantwortlich: Peter Schäfer, Tel: +970-2-2403832, Fax: +970-2-2403980, newsletter@rosaluxemburg.ps

Die Grenzzone mit der längsten Betriebsdauer ist das Industriegebiet Erez am nördlichen Ende des Gazastreifens. Direkt an der Grenze mit Israel gelegen, wurde sie lange Jahre genutzt, dann von Israel aufgegeben. Israelische Schätzungen gehen von 20.000 dort beschäftigten Palästinensern aus. Realistischere Zahlen dürften jedoch unter einem Viertel dessen liegen. Und nachdem sich 2004 die Sicherheitslage verschärfte, entschied das israelische Verteidigungsministerium auf den Abzug israelischer Firmen aus der Zone. Das Gebiet wurde zum Niemandsland. Die *Jerusalem Post* berichtete am 2. Januar 2006 über einen Israel-Besuch des türkischen Außenministers Abdullah Gül, „um getrennte Abkommen mit Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) zu schließen zur Bestimmung einer türkischen Rolle bei der Wiederbelebung des Industriegebiets Erez“. Ein israelischer Regierungsvertreter beschrieb das Projekt als „das Baby“ des türkischen Premiers Erdogan. Nach der Machtübernahme der Hamas in Gaza für die Türkei das Projekt ein. [Die Erez-Industriezone wurde anschließend von der israelischen Luftwaffe dem Erdboden gleichgemacht. Die Trümmer werden in Gaza zur Herstellung von Baumaterial genutzt. P.S]

Die USA hat sich zur Unterstützung all dieser wirtschaftlichen Bestrebungen verpflichtet. Das tritt besonders in der Unterstützung zur Reformierung der PA in Ramallah zu Tage. Was erzeugt wird ist die rechtliche und institutionelle Illusion einer palästinensisch-dominierten Entwicklung.

In der Westbank existiert bereits seit langem ein kontinuierlich genutztes Industriegebiet namens Atarot. Es liegt nördlich von Jerusalem an der Hauptstraße nach Ramallah, die heute mittig von der illegalen israelischen Trennmauer durchschnitten wird. Das Industriegebiet Atarot ist in der Nähe des heute stillgelegten Flughafens von Jerusalem, gleich beim Flüchtlingslager Kalandia. Der Flughafen war bis zum Beginn der israelischen Besatzung der einzige in der Westbank. Heute wird das Industriegebiet Atarot von Israel betrieben und beheimatet hauptsächlich israelische Firmen. Atarot ist auf der Westseite der illegalen Trennmauer und somit für Palästinenser aus der Westbank nur mit Erlaubnis des israelischen Militärs zugänglich. Da dieses Gebiet und der Flughafen vollständig auf dem Gebiet der Westbank liegen, wäre es sinnreicher, diese den Palästinensern zurückzugeben, anstatt neue zu bauen. Besonders da ein Flughafen ein Riesensprung wäre für die Reisefreiheit der Palästinenser und für den Palästina-Tourismus. Die traditionellen Gewerbe in diesem Gebiet stärker auf das historische Jerusalem auszurichten, würde diesem Sektor ebenfalls dienen und die Unverletzlichkeit des weiteren Stadtgebiets sichern.

Aber gegenwärtig versprechen diese Industriezonen im besten Fall die Aussicht auf niedere Jobs für Palästinenser, deren Existenzsicherung derzeit in großem Maße auf internationalen Gebergeldern beruht. In gewisser Weise können die so geschaffenen Jobs als Wechsel vom heutigen Wohlfahrtssystem – aufgeblasener Beamtenapparat,

hoher Etat für Unterhaltsleistungen – zu einem System gesehen werden, das auf dem Verkauf palästinensischer Arbeitskraft an die kommerziellen Firmen in den Industriezonen beruht. Und deren Erfolg hängt wiederum von hohen ausländischen Subventionen und israelischem Wohlwollen ab. Für das ungeübte Auge mag das aussehen wie ein logischer Schritt, als einer, von dem die Palästinenser profitieren. Wir wollen uns deshalb einmal ansehen, auf welche Weise die Zonen geschaffen werden, wer von ihnen erwartungsgemäß profitieren wird und wie sie an die globale Wirtschaft angeschlossen sein werden.

Die Rechtslage

Der Bau von Industriezonen in Palästina ist keine neue Idee. Zur Regulierung von Industriegebieten und industriellen Freihandelszonen beschloss die PA unter der Führung von Präsident Jasir Arafat das Gesetz Nr. 10/1998. Dieses sah die Schaffung der „Palestinian Industrial Estate and Free Zone Authority“ (PIEFZA) als „one stop shop“ für Investoren vor. Der PIEFZA-Vorstand umfasst elf Mitglieder: sieben Minister, zwei Vertreter der Bauträger, jeweils zwei der Handelskammer und der Industrieverbände.

Artikel (5) des Gesetzes besagt, dass PIEFZA unter anderem mit den folgenden Aufgaben betraut werden soll:

1. Erarbeitung eines politischen Konzepts zur Errichtung und Entwicklung von Industriegebieten und industriellen Freihandelszonen in Palästina;
2. Bearbeitung von Bewerbungen hinsichtlich der Errichtung von und Niederlassung in Industriegebieten und industriellen Freihandelszonen;
3. Empfehlungen an das Kabinett hinsichtlich der Errichtung, der Entwicklung und der Verwaltung eines Industriegebiets oder industriellen Freihandelszone in Palästina;
4. Zertifizierung von Investoren;
5. Erarbeitung von Plänen und Programmen in Bezug auf Entwicklung und Ausbau der Zonen;
6. Verwaltung von Subventionen und Spenden für deren Entwicklung und Ausbau; und
7. das PIEFZA-Jahresbudget.

Artikel (39) des Gesetzes Nr. 10 besagt: „Von einem palästinensischen Territorium aus in die industrielle Freihandelszone gelieferte einheimische Güter und Produkte sind von den üblichen Verfahren, Steuern oder sonstigen Abgaben ausgenommen.“ Diese Ausnahme ist eine der Hauptsorgen für die Menschen vor Ort. Es kursiert das Gerücht, dass sich Arbeiter in diesen Zonen nicht einmal auf palästinensisches Arbeitsrecht berufen werden können.

Ebenso regelt Artikel (40) des Gesetzes: „Alle Güter und Produkte, die in den industriellen Freihandelszonen hergestellt und exportiert werden, fallen nicht unter die Regeln und rechtlichen Verfahren, die hinsichtlich Export, Exportsteuer und andere Abgaben erlassen wurden.“

Die PIEFZA-Website enthielt [zum Recherchezeitpunkt, 18.9.2010, P.S.] keine der oben angegebenen Informationen. Darauf hin erhielt der PIEFZA-Generaldirektor eine schriftliche Anfrage, die unbeantwortet blieb. Darüber hinaus, und das ist noch seltsamer, führt die Investorenbewerbung auf der PIEFZA-Website den Interessenten direkt zu einer Faxnummer. Dorthin sollte der komplette Antrag geschickt werden. Die Nummer ist die des Büros in Gaza, das nun von einem Vertreter der dortigen Hamas-Regierung besetzt sein dürfte, seitdem diese dort die Kontrolle übernahm. Stünden die oben erwähnten Informationen wirklich auf rechtlicher Grundlage, sollte man annehmen, dass diese öffentlich zugänglich sind. Von aktualisierten Informationen, die Fortschritt widerspiegeln, wollen wir hier gar nicht erst anfangen. Soviel zu institutionellen Reformen in Palästina.

Was nützen all das Gerede und all die Investitionen für die Schaffung öffentlicher Institutionen, wenn diese Mega-Job-Zentren parallel zu den etablierten Systemen laufen? Und juristische Turnübungen einmal beiseite: Die Fragen, wer Material in diese Zonen importiert und zu wem exportiert wird, bedürfen gründlicher Analyse. Wer dem Geldfluss nachspürt wird höchstwahrscheinlich auf dieselben Palästinenser stoßen, die sich ihre Taschen bereits während des Oslo-Prozesses füllten. Die Last der negativen Auswirkungen solcher Vorhaben wird aber von denjenigen Palästinensern getragen werden, die für ihre Freiheit und Unabhängigkeit am meisten zu opfern haben.

Mechanismen einer Industriezone

Ein Gespräch mit zwei israelischen Ex-Militärs, die jetzt die Netanyahu-Regierung beraten, verdeutlichte den „Großen Plan“ bereits nach einer Viertelstunde. Sie ließen keinen Zweifel. Auf die Frage, wie sich denn die künftigen Zonen von all den bisherigen, gescheiterten Bemühungen unterschieden, verwiesen sie auf die abgewetzte israelische Trumpfkarte: Sicherheit. Sie sagten, dass in der Vergangenheit Israel bestrebt war, für Sicherheit selbst zu sorgen, was die Palästinenser nun nicht akzeptieren können. Deshalb wollen sie jetzt etwas Neues versuchen. Israel wird einen Drittstaat, zu dem es diplomatische Beziehungen unterhält, zwischen sich und der palästinensischen Seite für Sicherheit sorgen lassen. Es war ganz klar, dass sie die aktuellen Bemühungen als Test betrachteten, wie wenn sie den Palästinensern mit der Zulassung ökonomischer Aktivität unter der Besatzung einen Gefallen erweisen würden.

Auf hartnäckige Nachfragen zu diesen Aspekten hin antworteten die Berater, dass die Zonen in palästinensischem Besitz wären und sie sich selbst lediglich als gute Samariter sähen, die diese zum Laufen brächten. Was sie ausließen war die Tatsache, dass all das Land für diese Zonen, selbst das für die angeblich gemeinsamen, vollständig innerhalb der Westbank liegt, an der Grenzlinie mit Israel, beziehungsweise dass sie die illegale israelische Trennmauer strukturell nutzt. Sie redeten auch nicht darüber, dass die Wasser- und Stromversorgung

dieser Zonen vollständig in israelischer Hand liegt. Israel wird zudem die volle Kontrolle über Waren- und Personenbewegungen zwischen diesen Zonen und der Außenwelt ausüben. Die Zonen sind somit ein weiteres Beispiel für den Versuch, den illegalen Status quo zu normalisieren.

Der israelische Friedensaktivist Jeff Halper hat kürzlich eine umfassende Analyse unter dem Titel „Warehousing Palestinians“ (www.counterpunch.org/halper09162008.html) veröffentlicht, der den weiteren Kontext beschreibt.

...Warehousing (Verpackung und Versand) ist ein weltweites Phänomen, und Israel vollbringt hier Pionierleistungen. Was mit den Palästinensern gemacht wird, geht alle an. Es könnte ein gänzlich neues Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen... Wenn Israel seine vielschichtige Kontrollmatrix, also ein System permanenter Unterdrückung verpacken und exportieren kann, ein System, das kafkaeske Verwaltung, Gesetze und Planung mit offen gewaltsamen Formen der Kontrolle [...] über eine definierte Bevölkerung kombiniert, dann, so schreibt (Naomi) Klein deutlich, wird jedes Land wie Israel/Palästina aussehen: „Ein Teil sieht aus wie Israel, der andere wie Gaza.“

Zur Darstellung, warum sich Israel nicht für den Einstieg in einen echten Friedensprozess oder die Lösung seines Konflikts mit den Palästinensern interessiert, habe ich weit ausgeholt. Durch das Warehousing der Palästinenser schlägt Israel zwei Fliegen mit einer Klappe: Freie Hand bei der Ausweitung von Siedlungen und der Kontrolle, ohne Kompromisse hinsichtlich einer politischen Lösung eingehen zu müssen. Das erklärt auch, warum Israel damit international durchkommt. Anstatt der internationalen Gemeinschaft die Themen zu präsentieren, die am schwierigsten zu lösen sind – Menschenrechtsverletzungen, internationales Recht und wiederholte UN-Resolutionen, von den Konfliktauswirkungen auf internationale Politik und Wirtschaft ganz zu schweigen – liefert es vielmehr eine geschätzte Dienstleistung: Die Entwicklung eines Modells zur Kontrolle, Verwaltung und Eindämmung „überflüssiger Bevölkerungen“.

„Israel ist sozusagen in vollständiger Harmonie mit der ökonomischen und militärischen Logik des globalen Kapitalismus, wofür es großzügig belohnt wird.“

Mit derartigen ausländischen Interessen, israelischen Restriktionen und Kontrolle dieses Ausmaßes bleibt an diesen Zonen, außer Name und Ort, nichts palästinensisches. Die einzige, die ein wenig bessere Chancen auf Erfolg hat, ist die in Bethlehem, aber nur weil sie nicht direkt an der Grenzlinie liegt, sondern tief in der Westbank. Wenn jedoch all die anderen Auflagen zur Anwendung kommen – nämlich auf die Bewegungsfreiheit von Waren und Menschen, israelische Kontrolle von Wasser- und Stromversorgung – dann wird auch diese scheitern oder, im besten Fall, eine Katastrophe für die Unabhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft.

Zwei Fallbeispiele

Bethlehem

Frankreich steht hinter dem Bau des Multi-disziplinären Industrieparks Bethlehem. Präsident Nicolas Sarkozy installierte Valerie Hoffenberg zu diesem Zweck als seine „Nahost-Sondergesandte“. Ihre Aufgabe war, das Projekt anzuschieben.

Die israelische Zeitung *Ha'aretz* führte für einen Bericht vom 27. Mai 2010 ein langes Interview mit Hoffenberg. Es folgen Auszüge:

Es begann alles im Jahr 2008 bei einem intimen Abendessen im Elysee-Palast, das Präsident Nicolas Sarkozy für Präsident Shimon Peres gab. Ebenfalls eingeladen war Valerie Hoffenberg, damals die Pariser Direktorin des American Jewish Committee.

„Peres sprach von der Bedeutung des Ausbaus der palästinensischen Wirtschaft, weil das zum Friedensprozess beitragen wird“, erinnerte sich Hoffenberg während eines privaten Besuchs in Israel letzten Monat. „Er sprach über seine ökonomische Vision und dass Nicolas Sarkozy diese Vision teile. Sarkozy bat mich um meine Meinung und ich bestätigte, dass das eine gute Idee sei. Er sagte, ‘Gehen Sie hin und prüfen Sie die Machbarkeit.’ So fing alles an.“

Das Industrieprojekt Bethlehem wurde in der Gegenwart von 36 französischen Geschäftsleuten Anfang April eingeweiht („die größte derartige Delegation, die jemals hierher kam“, merkt Hoffenberg an). Sie wurden vom französischen Industrieminister, Christian Estrosi, angeführt. Zuvor arrangierte Hoffenberg noch ein Treffen zwischen der französischen Delegation und israelischen Geschäftsleuten, in der Hoffnung, dass auch sie ein Teil dieses französisch-palästinensischen Unternehmens würden.

„Ich sprach mit (dem palästinensischen Ministerpräsidenten) Salam Fayyad und bat ihn um Land. Er gab mir 500 Dunums [50 Hektar] öffentliches Land und wir legten mit hohem Tempo los.“

„Ich warb 36 Firmen an, einschließlich der Geschäftsführer der wichtigsten Firmen, wie France Telekom, Schneider Electric, Publicis, Renault, Sephore, JCDecaux – das ganze ‘A-Team’.“

Hoffenberg hat ihr Büro im französischen Außenministerium und beschreibt ihren Arbeitsstil als „alternative Diplomatie“, im Unterschied zur offiziellen Spielart. Es handelt sich um diejenige hinter den Kulissen, in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor. „Vielleicht habe ich ja etwas erfunden“, fügt sie hinzu, „eine neue Form der Diplomatie.“

„Für mich wäre es eine Errungenschaft, wenn eines meiner Kinder in Israel leben möchte und zum Militärdienst antritt.“

Zu lesen, was die französische Wirtschaftsgesandte unter „Errungenschaft“ versteht, hinterlässt nicht nur einen bitteren Nachgeschmack auf Grund der

geringen palästinensischen Eigentümerschaft (oder auch nur Einbeziehung in den Planungsprozess). Es weist auch darauf hin, wie falsch ausländische Investoren liegen, wenn sie denken, dass die Palästinenser ihre menschlichen, bürgerlichen und nationalen Rechte für eine ökonomische Fata Morgana in den Wind schreiben.

Jenin

Ein weiteres Beispiel ist die deutsch-türkisch geförderte Industriezone in der nördlichen Westbank, traditionell ein landwirtschaftlich genutztes Gebiet. *Bisan for Research and Development*, eine NGO, die umfassend und mit öffentlicher Teilnahme zu den Industriezonen arbeitet, berichtet dazu in einer Zeitungsbeilage vom Februar 2010:

Die geplante Industriezone soll auf einem Teil der Marj Ibn Amer nördlich von Jenin entstehen, westlich des Dorfes Al Jalameh. Das Gebiet gilt als eines der fruchtbarsten in der Gegend von Jenin als Teil der Marj, dem Hauptanbauggebiet der Region. Die PA, Israel und die Firma ‘Shamal’ (Norden) sind die Projektteilhaber. Shamal hat bereits damit begonnen, Bauern Land abzukaufen. Es sieht jedoch so aus, als würde das Projekt fehlschlagen, weil viele Bauern nicht verkaufen wollen. Sie machen sich Sorgen um die Umwelteinflüsse des Projekts, besonders weil sie gar nicht wissen, welche Art von Fabriken gebaut werden soll. Und auch, weil dies eine weitere Reduzierung landwirtschaftlicher Flächen in einem Gebiet wäre, in dem die meisten Ländereien bereits für den Bau der illegalen israelischen Trennmauer beschlagnahmt wurden.

Über das Al-Jalameh Projekt wird in den Medien kaum berichtet. Es ist jedoch zusammen mit dem Bethlehem-Projekt dasjenige, das am schnellsten fortschreitet. Der Planungsprozess dafür begann lange vor der zweiten Intifada. Die deutsche KfW Entwicklungsbank bekam den Auftrag zur Durchführung einer ziemlich teuren Machbarkeitsstudie und Deutschland verpflichtete sich zur Finanzierung der Zoneninfrastruktur in Höhe von 10 Millionen Euro. Als Israel im Jahr 2000 damit begann, die palästinensischen Städte wieder militärisch einzunehmen, wurde das Projekt eingefroren, ganz zu schweigen von der Zerstörung der Jeniner Infrastruktur durch die israelische Armee.

2005 wurde die Arbeit am Projekt wieder aufgenommen, die KfW erhielt den Auftrag zur Aktualisierung der Machbarkeitsstudie. Die Türkei konnte nun zur Teilhabe im Projekt angeworben werden. Im Newsletter des *Palestine Trade Center* (PALTRADE) vom Juli 2009 steht folgendes: „Unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Salam Fayyad und im Beisein von Kabinettssekretär Hassan Abu Libdeh unterzeichneten die International Industrial North Company und die Turkish Institution for Economic Research Policies (für die Firma Turkish Tops Peace for Management of Industrial Zones) eine Erklärung, gemäß der beide Parteien eine strategische Partnerschaft zur Entwicklung der Industriezone Jenin

beschließen, als ersten Schritt zum Aufbau weiterer Projekte dieser Art in Palästina.

Angeblich will die türkische Seite 75% und die palästinensische 25% der neuen Firma erwerben. Seit dem PALTRADE-Bericht wurden keine weiteren Informationen über den Projektfortschritt veröffentlicht. Die türkische Beteiligung wurde jedoch vor dem israelischen Marineangriff auf die Gaza Freedom Flotilla (31. Mai 2010) und die darauf folgende diplomatische Krise beschlossen. Deren Auswirkungen auf die israelisch-türkische Zusammenarbeit in diesem und anderen Projekten bleiben abzuwarten.

Wer profitiert von Industriezonen?

Die Arbeitsannahme ist, dass diese Zonen jeder palästinensischen oder internationalen Firma offenstehen. Zwar ist der sektorale Schwerpunkt jeder Zone noch unbestimmt. Aber nach den bereits vorliegenden Studien werden die Zonen „schmutzige“ Firmen beheimaten – also solche, die die Umwelt verschmutzen und solche, die gemeinhin als „sweat shops“ bezeichnet werden. Global gesehen ist das nichts Neues. Man muss nur an die mexikanischen maquiladoras denken oder sich den hervorragenden Dokumentarfilm „Life and Debt“ ansehen, der Jamaikas Probleme im Umgang mit der komplexen ausländischen Dominanz über ihre Wirtschaft nach der Unabhängigkeit darstellt. Weltweit sind die Beispiele zu zahlreich, um die zugrunde liegenden Dynamiken zu ignorieren.

Mit den Qualified Industrial Zones (QIZ) in Jordanien haben wir bereits ein anschauliches Beispiel in der Region. Der Newsletter *EconomyWatch.com* berichtete am 19. April 2010: „Die (jordanischen) QIZ generierten 36.000 Arbeitsstellen, von denen allerdings 75 Prozent an asiatische Arbeiter vergeben wurden, hauptsächlich aus Sri Lanka, Indien, Bangladesh und China.“ Die angebliche Besonderheit der jordanischen QIZ ist, dass dort produzierte Waren unter das US-israelische Freihandelsabkommen fallen, wenn sie einen israelischen Anteil von mindestens acht Prozent aufweisen. Ein ähnliches Arrangement ist für die palästinensischen Zonen zu erwarten, besonders wegen des Bestrebens der USA zur Förderung einer Freihandelszone im Nahen Osten (Middle East Free Trade Area). Diese ist „ein Plan für nahöstliche Staaten zur schrittweisen Ausdehnung von Handel und Investition mit den USA und mit anderen in der Weltwirtschaft, mit dem Ziel eines regionalen Freihandelsabkommens.“ⁱⁱ

Auch hinsichtlich der in den Zonen gebrauchten Arbeitskräfte hatten die bereits erwähnten ex-militärischen israelischen Berater klare Vorstellungen. Sie spielten mit der Zahl von 150.000-200.000 Palästinensern, die dort direkt eingestellt werden sollen. Dies ist übrigens dieselbe Anzahl palästinensischer Arbeiter, die Tag für Tag nach Israel fahren, bevor diese auf eine Handvoll heruntergefahren wurde. Studien des Peres Peace Center geben eine noch höhere Zahl an, nämlich geschätzte 500.000 palästinensische Arbeiter, die in den gemeinsamen Industriezonen bis zum Jahr 2025 beschäftigt sein

werden. Die israelischen Erwartungen gehen sogar noch weiter. Die Berater prognostizierten, dass 30% des palästinensischen Gewerbes außerhalb der Zonen ihre Geschäfte auf die dort operierenden Firmen ausrichten.

Auf israelischer Seite tritt ein klarer Master Plan zu Tage. Ein Plan, nach dem die gesamte palästinensische Wirtschaft umgearbeitet werden soll, weg von ihren traditionellen Fundamenten Landwirtschaft und Tourismus hin zu einer, die in punkto öffentlicher Dienstleistungen, Bewegungsfreiheit und Zugang vollständig von Israel abhängt. Der ökonomische Umbau könnte auch als Versuch zur Umwandlung der bestehenden israelischen Siedlungsunternehmen gewertet werden. Es geht dabei um über 1.400 Firmen, die auf billige palästinensische Arbeitskraft angewiesen sind. Wenn sich diese Firmen in den neugeschaffenen „palästinensischen“ Zonen ansiedeln, würde das ihre Präsenz quasi „legalisieren“.

Da wir gerade von Bewegungsfreiheit und Zugang sprechen...

Am Ende sind wir also wieder beim Thema Bewegungsfreiheit und Zugangsmöglichkeiten: Es geht dabei um die israelischen Beschränkungen auf palästinensische Mobilität und den Zugang für Menschen und Waren. Ob die drakonischen israelischen Maßnahmen nun, so wie heute, im Rahmen einer Militärbesatzung zur Anwendung kommen oder künftig im Rahmen eines neu-ausgerufenen palästinensischen „Staates“, sie bleiben illegal und eine Verletzung internationalen Rechts.

Als die ehemalige US-Außenministerin Condoleezza Rice 2005 anreiste, um mit Israel das „Agreement on Movement and Access“ (AMA) über palästinensische Bewegungsfreiheit und Zugang zu schließen, war das ein Zeichen für das Verständnis der USA, dass die palästinensische Wirtschaft ohne uneingeschränkte Mobilität chancenlos bleibt, auch wenn der dort formulierte ökonomische Rahmen nichts mit der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Palästinas zu tun hat. Israel hatte kein Problem damit, das AMA zu unterschreiben und dessen Umsetzung zu verweigern. Die Zulassung einer solchen Kompromisslosigkeit Israels durch die USA spricht Bände über das Wesen des gesamten Oslo-Prozesses. Es wurde deutlich, dass die USA weder Absicht noch Wunsch hatten, eine zukunftsfähige palästinensische Wirtschaft entstehen zu lassen.

Die Weltbank macht das ebenso. In ihren Berichten steht wiederholt, dass auch bei verkündeten 8% Wirtschaftswachstum „privatwirtschaftliche Investitionen, die für nachhaltiges Wachstum notwendig sind, von den Mobilitätsbeschränkungen auf Menschen und Waren behindert werden.“ⁱⁱⁱ Wirtschaftswachstum ist nicht gleich wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere in einem politisch motivierten Kontext wie der Palästinensischen Autonomie, der von den Geberstaaten bestimmt wird.

Was muss passieren?

Das den Industriezonen zugrunde liegende Konzept ist allerdings nicht notwendigerweise schlecht. Die Schaffung von Arbeitsplätzen im großen Stil könnte natürlich nachhaltig zur ökonomischen Entwicklung Palästinas beitragen. Zu diesem Zweck müssten die Palästinenser aber zunächst ihre Wirtschaftsform definieren und wie sich solche Bemühungen in den größeren Rahmen einfügen. Fürs Erste: Wir versuchen, den Prozess der Wirtschaftsentwicklung anzuschieben, während wir noch unter Militärbesatzung leben. Sich der Besatzung zu fügen und die illegale israelische Trennmauer als das zu akzeptieren, was sie nicht ist – eine Grenze – macht keinen Sinn. Es ist ebenso unsinnig, ökonomische Aktivität dieses Ausmaßes strukturell von Israel oder anderen abhängig zu machen.

Gebermittel und palästinensische Bemühungen für die Industriezonen wären mit einer Konzentration auf Palästinas natürliche ökonomische Wettbewerbsvorteile besser platziert. Tourismus und Landwirtschaft zum Beispiel. In einem Land, das die Geburtskirche, die Grabeskirche, den Felsendom und Dutzende andere Touristenattraktionen beherbergt, wäre es ein Verbrechen, diese historischen Güter nicht zu bewahren und zu Stützpfählern einer künftigen Staatswirtschaft zu entwickeln. Das gilt gleichermaßen für den Agrarsektor. Eine Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Kenntnissen und die auf Selbstversorgung angewiesen ist, sollte die Möglichkeit haben, das eigene Land zu bebauen. Landwirten die Mittel zur Existenzsicherung wegzunehmen, entzieht nicht nur der Bevölkerung ihre Lebensgrundlagen. Eine Schlüsselgruppe der Erwerbstätigen wird mit der Zeit auch die dafür notwendigen Kenntnisse verlieren.

Darüber hinaus würde angesichts der Zusammensetzung der palästinensischen Gesellschaft und des hohen Anteils junger Menschen die Ausrichtung auf eine wissensbasierte Ökonomie Sinn machen. Die vier Jahrzehnte unter israelischer Besatzung haben Familien dazu gezwungen, sich auf die einzige Ressource zu konzentrieren, die ihnen die Besatzung nicht wegnehmen konnte: Bildung. An sich ist die Jugend für eine Rolle in den Bereichen der Informations- und Kommunikationstechnik gut aufgestellt. Die palästinensischen Universitäten stellen wachsendes Interesse für Software-Entwicklung, Mobiltelefonie, tourismusbezogene Anwendungen, Medien usw. fest. Die heutige Jugend in sweat shops zu treiben, wäre also völlig kontraproduktiv.

In den Chor der Industriezonenbefürworter einzuweisen, ohne deren sämtliche Auswirkungen analysiert zu haben, stünde einer ökonomischen und politischen Zukunft Palästinas diametral entgegen. Es würde heute viel mehr Sinn machen, Gebiete wirtschaftlicher Aktivität in räumlicher Nähe zu den Bevölkerungszentren zu errichten und bereits bestehende Industriegebiete auszubauen. An die Universitäten angeschlossene High-Tech-Zonen wären ein strategischer Anfang. Noch besser wäre es, direkt in die Universitäten zu investieren. So wäre Nachhaltigkeit gewährleistet und die Wirtschaft wäre

weniger anfällig gegenüber den kommenden politischen Turbulenzen.

Dieser und die vielen anderen Berichte zeigen, dass die Angelegenheit der Industriezonen transparenter gestaltet werden muss. Wir alle versuchen, mit den wenigen vorliegenden Informationen ein Puzzle zusammenzusetzen. Das bis heute beste Material zum Industriezonenprojekt ist eine Studie der palästinensischen *Stop the Wall*-Kampagne. Ihr Bericht – Development or Normalisation? A critique of West Bank development approaches and projects – und die kürzere Zusammenstellung „The Palestinian economy: Occupation, de-development and normalization“ sind sehr lesenswert und finden sich hier www.stopthewall.org.

Und der politische Kontext

Strategisch wird die palästinensische Bevölkerung von den geplanten Industriezonen nicht profitieren. Das vordringliche Problem ist viel zu politisch, als dass es durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen lösbar wäre. 78% des Landes der Palästinenser wurde enteignet. 60 Prozent der Palästinenser sind vertrieben oder hausen in Flüchtlingslagern nur wenige Stunden von ihren Häusern und ihrem Eigentum entfernt. 1,5 Millionen Palästinenser überleben im Gazastreifen unter Belagerungsbedingungen. Insgesamt über Hundert Tausend wurden von Israel illegal verhaftet. Und ausländisches Militär kontrolliert die Wirtschaft en detail. Das ist die Realität.

All diese Jahre lang garantierte die internationale Gemeinschaft die sich verschlechternde Lage, in der Israel die Palästinenser schrittweise ins größte Freiluftgefängnis der Welt sperrte. Vielen in der internationalen Gemeinschaft könnte mehr als ein schlichtes Ignorieren der Realität vorgeworfen werden. Denn es sind ihre Gelder, ihr diplomatischer Schutz und ihre militärische Bewaffnung für Israel, die das alles ermöglichten. Die Palästinenser haben während der letzten Jahrzehnte nicht so viel geopfert und blieben standhaft, um am Ende in einem Freiluftgefängnis zu leben. Und schon gar nicht, um in einem zu arbeiten, selbst wenn das Gefängnis „Staat“ genannt werden sollte. Überfällig ist, dass Israel seine Militärbesatzung beendet und den Palästinensern die Entwicklung ihrer eigenen Wirtschaft erlaubt, ohne eingebaute externe Abhängigkeit und ohne die Zwangsernährung mit bestimmten ökonomischen Vorgaben.

Sam Bahour ist Managementberater in Ramallah. Er blogt auf www.epalestine.com und ist über sbahour@palnet.com erreichbar.

ⁱ http://www.bisan.org/web_files/publications_file/Badaei%20Bulletin-%202.pdf.

ⁱⁱ <http://www.ustr.gov/trade-agreements/other-initiatives/middle-east-free-trade-area-initiative-mefta>.

ⁱⁱⁱ Restrictions continue to undermine Palestinian economic viability ,

World Bank, September 16, 2010, <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/MENAEXTW/ESTBANKGAZAEXTN/0,,contentMDK:22704057~pagePK:1497618~piPK:217854~theSitePK:294365,00.html>